

# Österreich

Katrin Auel/Johannes Pollak

Die Covid-19-Pandemie hielt Österreich auch im vergangenen Jahr fest im Griff. Politische Auseinandersetzungen um die Impfstoffbeschaffung, die Definition von Hochinzidenzgebieten, staatliche Unterstützungsleistungen für Betriebe sowie ab Mai 2021 die Frage von Öffnungsschritten angesichts des nahenden Sommers bestimmten in Österreich wie in fast allen europäischen Ländern die politische Tagesordnung. Innenpolitisch bewegten darüber hinaus die Wahlen in Wien und das zunehmend ramponierte Image der auf Bundesebene regierenden Österreichischen Volkspartei (ÖVP) die Gemüter, in der Europapolitik standen Auseinandersetzungen um die Ausgestaltung des europäischen Wiederaufbaufonds, die Impfstoffverteilung und Themen der Asylpolitik im Vordergrund. Kaum öffentliche Diskussion gab es hingegen zur deutschen Ratspräsidentschaft oder, zumindest bisher, zur Konferenz zur Zukunft Europas. Das Ausscheiden des Vereinigten Königreichs aus der EU wurde bedauert, die Auswirkungen auf Österreich halten sich aber in Grenzen.

## Innen- und Wirtschaftspolitik

Die Wahl in Wien im Oktober 2020 brachte zunächst wenig Neues. Im Vorfeld war über einen möglichen Erfolg des im Zuge des sogenannten „Ibizaskandals“ gefallenen Ex-Parteivorsitzenden der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), Heinz-Christian Strache, spekuliert worden. Am Ende gelang der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) unter Bürgermeister Michael Ludwig mit 41,2 Prozent ein beachtlicher Wahlerfolg. Die ÖVP konnte mit 20,4 Prozent eine Verdoppelung des bisherigen Stimmanteils erzielen, die FPÖ, die vor allem mit Protesten gegen Covid-19-Maßnahmen in den Wahlkampf gezogen war, verlor hingegen zwei Drittel ihrer Wählerschaft. Wer angesichts eines Plus der Grünen von 2,96 Prozent (insgesamt 14,8 Prozent) eine Fortsetzung der rot-grünen Stadtcoalition erwartet hatte, wurde überrascht: nach relativ kurzen Koalitionsverhandlungen ging Bürgermeister Ludwig eine Koalition mit der liberalen Partei Das Neue Österreich und Liberales Forum (NEOS, 7,47 Prozent) ein.

Innenpolitisch beschäftigte vor allem aber der bröckelnde Glanz von Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) politische Beobachter und Feuilletons. Der parlamentarische „Ibiza-Untersuchungsausschuss“<sup>1</sup>, selbst längst zum politischen Streitpunkt geworden, brachte befremdende Chatnachrichten der türkisen „Familie“<sup>2</sup> zu Tage. Die dem Untersuchungsausschuss vorgelegten, im Ton infantilen Chatprotokolle<sup>3</sup> offenbarten nicht nur ein türkises Netzwerk, dem die Nähe zum Kanzler (nicht unbedingt zur Partei) für Postenbesetzungen<sup>4</sup> wichtiger scheint als Qualifikation, sondern auch eine bedenkliche Geringschätzung des Verfassungsgerichtshofes. Generell scheinen die konstanten Anwürfe aus

---

1 Nationalrat: Untersuchungsausschuss betreffend mutmaßliche Käuflichkeit der türkis-blauen Bundesregierung, abrufbar unter: [https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/A-USA/AUSA\\_00002\\_00906/index.shtml](https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/A-USA/AUSA_00002_00906/index.shtml) (letzter Zugriff: 17.8.2021).

2 Hans Rauscher: Die enge „Familie“, in: Der Standard, 30.3.2021.

3 Der Standard: „Oh Gott. Reisen wie der Pöbel“: Die Causa Öbag in Chat-Zitaten, 8.6.2021.

der ÖVP gegenüber der Justiz, insbesondere der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft,<sup>5</sup> eine Geringschätzung für die Arbeit des Justizapparates zu offenbaren, insbesondere wenn es um Untersuchungen zu Personen aus den eigenen Reihen geht. Gegen Finanzminister Gernot Blümel wird, einschließlich Hausdurchsuchung, seit Februar 2021 im Zusammenhang mit einer möglichen Korruptionsaffäre aus dem Jahr 2017 ermittelt,<sup>6</sup> seit Mai 2021 gegen Kanzler Kurz wegen möglicher Falschaussage vor dem Untersuchungsausschuss.<sup>7</sup> Im Mai 2021 beantragte der Verfassungsgerichtshof (VfGH), ein Novum in Österreich, bei Bundespräsident Van der Bellen die Exekution einer seiner Entscheidungen.<sup>8</sup> In dem auf Art. 146 der Verfassung beruhenden Antrag ging es um die Herausgabe von Akten an den „Ibiza-Untersuchungsausschuss“, der das Finanzministerium bislang nicht nachgekommen war. Der Bundespräsident sah sich gezwungen, ein Jahr nach dem eindrucksvollen „So sind wir nicht“ als Reaktion auf die Veröffentlichung des Ibiza-Videos im Mai 2021 zu mahnen: „Die Arbeit der Institutionen unseres Rechtsstaates muss ungestört und in Ruhe verrichtet werden können.“<sup>9</sup>

Wirtschaftlich ist auch Österreich durch die Corona-Krise erheblich getroffen, in der Krisenbewältigung liegt es im europäischen Mittelfeld.<sup>10</sup> 79 Tage Lockdown im Jahr 2020 hatten vor allem in den Bereichen Tourismus, Gastronomie, Kultur und Einzelhandel drastische Auswirkungen. Die österreichische Bundesregierung hat in dieser einzigartigen Situation mit großzügigen Staatsbeihilfen reagiert. Covid-19-Kurzarbeit, Härtefallfonds, Fixkostenzuschuss und Umsatzerersatz, Ausfallbonus, Kreditgarantien, Steuerstundungen, Sonderkreditrahmen für Exporteure und Investitionsprämien beliefen sich bisher insgesamt auf 36 Mrd. Euro.<sup>11</sup> In der Folge stieg die Staatsschuldenquote von 70,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) Ende 2019 auf 83,5 Prozent zu Beginn des Jahres 2021,<sup>12</sup> Ende 2020 wurde ein Budgetdefizit von 9,2 Prozent erreicht.<sup>13</sup> Allerdings ist seit Mai 2021 eine deutliche Erholung der Konjunktur zu verzeichnen.<sup>14</sup> Allerdings sind die unmittelbaren makroökonomischen Brexit-Folgen für Österreich eher unbedeutend,<sup>15</sup> nur 2,9

---

4 Im Mittelpunkt standen der Vorstandsvorsitzende der Österreichischen Beteiligungs AG (ÖBAG), Thomas Schmid, sowie der ehemalige ÖVP-Justizminister und später Höchstrichter Wolfgang Brandstetter.

5 Renate Graber/Fabian Schmid: Anzeigen, Ermittlungen, Chats: Für die ÖVP wird die Luft dünn, in: Der Standard, 12.6.2021.

6 Die Presse: Hausdurchsuchung bei Blümel – Finanzminister spricht von „falschen Vorwürfen“, 11.2.2021.

7 Fabian Schmid/Renate Graber: Ermittlungen gegen Kurz und seinen Kabinettschef wegen Falschaussage, in: Der Standard, 12.5.2021.

8 Die Presse: VfGH wendet sich an Van der Bellen: Blümel kommt Exekution zuvor, 6.5.2021.

9 ORF: Institutionen „ernst nehmen“, 21.5.2021.

10 Gerald John/Michael Matzenberger: Warum Österreich schlechter als Deutschland durch die Krise kommt, in: Der Standard, 21.2.2021. Siehe auch Thomas Czypionka et al.: Österreichs Wirtschaft in der Corona-Pandemie, in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik 3/2020, S. 280–289.

11 Bundesministerium für Finanzen: FAQ, Das Corona-Hilfspaket der Österreichischen Bundesregierung, abrufbar unter: <https://www.bmf.gv.at/public/top-themen/corona-hilfspaket-faq.html> (letzter Zugriff: 17.8.2021).

12 Bernd Vasari: Wer zahlt die Schulden?, in: Wiener Zeitung, 6.1.2021.

13 Gerhard Fenz/Martin Schneider: Gesamtwirtschaftliche Prognose der OeNB für Österreich 2020 bis 2023, Wien: 2020.

14 Werner Hölzl et al.: Konjunktur nimmt Fahrt auf. Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom Mai 2021, in: WIFO-Konjunkturtest 5/2021; András Szigetvari: 3,4 Prozent Wachstum: OECD hebt Prognose für Österreich deutlich an, in: Der Standard, 31.5.2021.

15 Harald Oberhofer: Die Auswirkungen des Brexit auf Österreichs Wirtschaft, in: Forschungsschwerpunkt Internationale Wirtschaft (FIW) Policy Note, 14.1.2021.

Prozent der österreichischen Gesamtexporte entfallen auf das Vereinigte Königreich, 2019 wurde ein Handelsbilanzüberschuss von 1,7 Mrd. Euro erwirtschaftet.<sup>16</sup>

## Europapolitik

In der Auseinandersetzung um die Finanzierung des europäischen Wiederaufbauprogramms NextGenerationEU (NGEU) lehnte die Regierung, und hier vor allem die ÖVP, eine Schuldenvergemeinschaftung kategorisch ab. „Wir wollen nicht, dass Österreich für die Schulden anderer Länder haftet“, so Kurz. Dass das ja nun auch keiner so von Österreich gefordert hatte, wurde verschwiegen: „Aber wer wird da schon so genau sein? Für den österreichischen Kanzler war es wieder einmal die Gelegenheit, sich auf europäischer Bühne als Hardliner zu inszenieren, als vernünftigen Gegenpol zu verträumten Illusionären, der nicht leichtfertig Steuergeld verteilt.“<sup>17</sup> Österreich, so Kurz, wolle den von der Pandemie am stärksten betroffenen Ländern „solidarisch und europäisch helfen“, sei aber aufgrund der Stellung als Nettozahler in der EU per se großzügig, denn man zahle mehr ein als man herausbekomme.<sup>18</sup> Der gemeinsamen Initiative des französischen Präsidenten Emmanuel Macron und der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel zu einem über den EU-Haushalt finanzierten, 500 Mrd. Euro schweren Wiederaufbaufonds setzte Österreich als Mitglied der „frugal four“ beziehungsweise „five“ den Vorschlag eines kreditfinanzierten Notfallfonds entgegen. Vor allem forderte die Regierung Mitsprache bei der Verwendung der Hilfgelder und machte deutlich, dass diese an Reformbedingungen geknüpft werden müssten.<sup>19</sup> Manche Länder seien selber schuld, weil sie zu spät auf die Krise reagiert oder nicht fleißig gespart hätten.<sup>20</sup> Die Verwendung von Hilfgeldern für Urlaubsgutscheine sei den österreichischen Steuerzahlern jedenfalls schlecht zu vermitteln, und man sei „keine schlechteren Europäer“ nur weil man darauf hinweise.<sup>21</sup> Am Ende hat man sich, wie so oft, im Rat auf einen Kompromiss geeinigt, aber an die harte Haltung Österreichs wird man sich in der EU noch länger erinnern.

Ähnlich hart blieb die ÖVP-Regierungsriege auch in der Frage der EU-Asylpolitik, und konkret hinsichtlich der Aufnahme von Flüchtlingen nach den verheerenden Bränden im Flüchtlingslager Moria auf Lesbos im September 2020. Man wolle vor Ort helfen, Decken und Zelte spenden, auch Geld, aber eine Aufnahme von Flüchtlingen, auch Kindern, wurde kategorisch ausgeschlossen. Außenminister Alexander Schallenberg<sup>22</sup> betonte, das „Geschrei nach Verteilung“ müsse ein Ende haben, geräumte Lager würden ohnehin sofort wieder gefüllt. Einem Antrag der Stadt Wien, 100 Kinder aus Moria aufnehmen zu dürfen, entgegnete Finanzminister Gernot Blümel, die Fehler von 2015 dürften nicht wiederholt werden, und die falsch verstandene Willkommenskultur in Wien müsse ein Ende haben.<sup>23</sup> Kritik hagelt es nicht nur von der Opposition, sondern auch von Hilfsorganisationen wie Ärzte ohne Grenzen oder einigen europäischen Regierungschefs wie Angela Merkel. Selbst die deutsche BILD-Zeitung bemühte sich, den Unterschied

16 Fritz Breuss: Die Folgen des Brexit für Österreich und die EU, in: Forschungsschwerpunkt Internationale Wirtschaft Policy Brief 045/2021.

17 Florian Gasser: Eine Karriere auf Kosten Europas, in: Die Zeit, 20.7.2020.

18 Walter Mayr/Maximilian Popp: „Wie viel soll eine Friseurin von ihrem Steuergeld für andere Länder aufbringen?“ Sebastian Kurz über Corona-Hilfen, in: Der Spiegel, 29.5.2020.

19 ORF: „Neue Vorschläge“ – Kurz sieht Bewegung bei EU-Gipfel, 17.7.2020.

20 Mayr/Popp: Kurz über Corona-Hilfen, 2020.

21 Sawsan Chebli/Sebastian Kurz: Lieber Sebastian – Liebe Sawsan, in: Die Zeit, 3.7.2020.

22 ORF: Schallenberg zu Moria: „Geschrei nach Verteilung nicht die Lösung“, 10.9.2020.

23 Der Standard: Blümel gegen Aufnahme von Flüchtlingskindern in Wien, 1.9.2020.

zwischen der Situation auf Lesbos und der Flüchtlingswelle 2015 zu erklären und bat Kurz: „Werden Sie nicht zum Herzlos-Kanzler!“<sup>24</sup> Was die BILD dabei vielleicht nicht bedachte: Am 11. Oktober 2020 wurde in Wien gewählt.

Wenig Freunde dürfte sich Österreich schließlich auch durch die Kritik des Kanzlers am „Impfstoffbazar in Brüssel“, das heißt an der laut Kurz entgegen der Abmachungen im Rat ungleichen Impfstoffverteilung durch den Expertenausschuss im März 2021 gemacht haben.<sup>25</sup> Weder die Reaktion der anderen Staats- und Regierungschefs noch der internationalen Presse zeugten von einem besonderen Verständnis für den Vorstoß des Kanzlers.<sup>26</sup> In Österreich selbst wurde schnell klar, dass das Land die möglichen Lieferkontingente, insbesondere des teureren Biontech/Pfizer-Vakzins, schlicht nicht voll ausgeschöpft hatte.<sup>27</sup>

Angesichts der Pandemie, aber auch der innenpolitischen Auseinandersetzungen, kam und kommt der Konferenz zur Zukunft Europas bisher noch nicht die von vielen erhoffte Rolle zu. Bundesministerin Karoline Edstadler startete im Juni 2020 den Österreich-Dialog zur Zukunftskonferenz.<sup>28</sup> Trotz der Bemühungen der Ministerin lief dieser Dialog allerdings bisher weitgehend abseits der Medien und damit der Öffentlichkeit ab. Bemerkenswert ist, dass die Ministerin sich zunächst durchaus Vertragsänderungen durch die Ergebnisse der Konferenz vorstellen konnte, später aber die doch eindeutig ablehnende Haltung nationaler Regierungen zu Vertragsänderungen mitrug.<sup>29</sup>

## Fazit

Einmal mehr dominierte Covid-19 die politische Situation in Österreich. Nationale Bewältigungsstrategien und europäische Wiederaufbaugelder dominierten die Diskussion und überdeckten, zumindest bisher, eine sinnvolle öffentliche Diskussion zur Frage der Zukunft der Europäischen Union. Bemerkenswert, aber vielleicht nicht überraschend, war die Instrumentalisierung der europäischen Ebene als strategische innenpolitische Reserve durch die ÖVP-Regierung und den Kanzler. Dies deutet durchaus darauf hin, dass die Enthüllungen zu Postenbesetzungen im Dunstkreis der ÖVP und andere Skandale dem Image der Regierung und des Kanzlers beträchtlich schaden. Hinzu kommt, dass die medial glänzend verkaufte Pandemiebewältigung Abnützungerscheinungen zeigt.

## Weiterführende Literatur

Annegret Eppler/Andreas Maurer (Hrsg.): Europapolitische Koordination in Österreich. Inter- und intra-institutionelle Regelwerke, Funktionen und Dynamiken, Baden-Baden/Innsbruck 2019.

Peter Hilpold/Andreas Raffener/Walter Steinmair (Hrsg.): Rechtsstaatlichkeit, Grundrechte und Solidarität in Österreich und in Europa. Festgabe zum 85. Geburtstag von Professor Heinrich Neisser, einem europäischen Humanisten, Wien 2021

---

24 Paul Ronzheimer: Kommentar zur Lage in MORIA. Werden Sie nicht zum Herzlos-Kanzler, Herr Kurz!, in: BILD, 29.9.2020.

25 Der Standard: Kurz und fünf Amtskollegen wollen EU-Gipfel zu Impfstoff-Verteilung, 13.3.2021.

26 ORF: Viel Kritik an Österreich, 2.4.2021.

27 Andreas Danzer et al.: Österreich hätte laut EU mehr Impfstoff kaufen können, in: Der Standard, 13.3.2021.

28 Bundeskanzleramt der Republik Österreich: Unsere Zukunft – EU neu denken, abrufbar unter: <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/themen/unsere-zukunft-eu-neu-denken.html> (letzter Zugriff: 17.8.2021).

29 Wiener Zeitung: Konferenz zur Zukunft Europas, 9.5.2021; Elena Sánchez Nicolas: Dozen EU states spell out 'Future of Europe' priorities. In: EUobserver, 23.3.2021; Paul Schmidt: Europa wird's schon richten – oder doch nicht?, in: Der Standard, 5.5.2021.